

Gedenken an die Opfer von Hiroshima

Es war ein Tag, der Japan für immer veränderte: Vor 46 Jahren, am 6. August 1945 um 8.15 Uhr, warf ein US-Flugzeug die erste Atombombe über Hiroshima ab. Innerhalb eines Wimperschlags starben Zehntausende Menschen. Zum Jahrestag des Bombenabwurfs gedachten zahlreiche Japaner beim Friedensdenkmal in Hiroshima der Opfer. In einer emotionalen Rede rief der Bürgermeister der Stadt dazu auf, nicht mehr auf Atomwaffen zu setzen. Derzeit besitzen weltweit neun Länder Nuklearwaffen.

[AFP]



Von unserem Korrespondenten
THOMAS SEIBERT

Istanbul/Damaskus. „Jetzt bist du dran, Doktor“ – diese Parole, von Jugendlichen an eine Hauswand in der syrischen Stadt Daraa gesprüht, löste vor zehn Jahren den Aufstand gegen Präsident Bashar al-Assad aus, einen studierten Augenarzt. Jetzt gibt es neue Gefechte in Daraa – der „Wiege der Revolution“, wie Assad-Gegner die Hauptstadt der gleichnamigen Provinz an der Grenze zu Jordanien nennen. Fast 30 Menschen wurden zuletzt getötet, knapp 20.000 mussten laut UN-Angaben aus ihren Häusern fliehen.

Die neue Eskalation in Daraa verdeutlicht, wie wackelig Assads Herrschaft über Syrien trotz aller militärischer Erfolge der vergangenen Jahre ist. Der Präsident hängt von seinen Unterstützern Russland und Iran ab, die teilweise konkurrierende Interessen verfolgen. Er ist zwar militärisch stärker als die diversen Rebellengruppen, kann den Krieg aber nicht ein für alle Mal gewinnen.

Im März 2011 löste die Festnahme der minderjährigen Sprüher von Daraa Proteste gegen das Regime aus, die auf die Hauptstadt Damaskus und andere Landesteile übersprangen. Als Assad mit Gewalt reagierte, begann der Bürgerkrieg. Daraa und andere

Syrien. In der Daraa, der „Wiege der Revolution“, toben heftige Kämpfe. Die Herrschaft Assads bleibt wackelig.

Der Bürgerkrieg flammt neu auf

Provinzen gingen für ihn verloren. Der Präsident konnte sein Regime nur mit Russlands Hilfe retten, das 2015 in den Konflikt eingriff. Auch der Iran schickte eigene Kämpfer sowie Milizionäre aus Ländern wie dem Libanon, um Assad zu unterstützen. Fast eine halbe Million Menschen sind seit 2011 getötet worden, Millionen flohen ins Ausland und bis nach Europa.

Spezieller Wunsch aus Israel

Im Jahr 2018 eroberte Assads Regime die Region Daraa zwar zurück, doch auf Druck von Moskau musste Assad auf eine vollständige Besetzung der Provinz verzichten. Russland kam damit Forderungen von Israel entgegen, dessen Grenze nur 30 Kilometer von der Provinz entfernt ist. Israel will verhindern, dass sich iranische Milizen, die an Assads Seite kämpfen, in

dem Gebiet festsetzen. Russland stimmte dem zu, weil es sich seine guten Beziehungen zu Israel nicht verderben lassen will. Außerdem ist es Moskau ganz recht, wenn der iranische Einfluss in Syrien gebremst wird.

Bis heute ist die syrische Armee deshalb nicht in allen Teilen von Daraa präsent. Der Widerstand in der vorwiegend sunnitischen Gegend richtet sich auch gegen die Rolle der schiitischen Iraner auf der Seite der Regierungstruppen. Immer wenn die Armee versucht, in Daraa die Kontrolle zu übernehmen, schlagen die Rebellen zurück.

Auch die neuen Auseinandersetzungen – die schwersten seit 2018 – brachen nach einem Vormarsch der Regierungstruppen aus. Assads Soldaten beschossen vorige Woche südliche Bezirke der

Stadt Daraa mit Artillerie und versuchten, die von den Rebellen gehaltenen Stadtgebiete mit Bodentruppen zu erobern, wie die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte meldete. Der Angriff misslang. Bei Gegenattacken übernahmen die Rebellen Stellungen der Regierungstruppen und nahmen Dutzende Soldaten gefangen.

Die Gefechte gingen auch diese Woche weiter, wie syrische Oppositionelle berichten. Syrische und iranische Truppen sollen am Freitag – dem wichtigsten Wochentag der Muslime – das Minarett einer Moschee in Daraa beschossen haben. Nach unbestätigten Berichten zieht die Regierung inzwischen Truppen von der Belagerung der Rebellenhochburg Idlib im Nordwesten ab und schickt sie als Verstärkung in den Süden nach Daraa.

Krankenhaus beschossen

Die UNO schlägt Alarm. Zivilisten in Daraa seien „Kämpfen und Gewalt“ ausgesetzt, erklärte die UN-Menschenrechtskommissarin, Michelle Bachelet. Die Armee setze Panzer in Wohngebieten ein. Auch ein Krankenhaus in Daraa sei beim Artilleriebeschuss der vergangenen Tage getroffen worden. Bachelet forderte eine sofortige Waffenruhe. Auch die USA verurteilten den „brutalen Angriff des Regimes auf Daraa“.

Taliban töten Sprecher der Regierung

Extremisten in Afghanistan erobern Provinzhauptstadt.

Kabul. Die islamistischen Taliban erhöhen den Druck auf Afghanistans Regierung. Am Freitag gaben die Extremisten bekannt, den obersten Sprecher der Regierung und des Präsidenten umgebracht zu haben. Ein Vertreter des Innenministeriums in Kabul bestätigte, dass Dawa Khan Menapal ermordet wurde. Die Verantwortlichen nannte er nicht.

Im Zuge ihrer Großoffensive eroberten die Taliban zudem erstmals eine Provinzhauptstadt. Die Stadt Zaranj in Nimroz im Süden des Landes sei von den Islamisten eingenommen worden, gab ein Sprecher der Provinzpolizei am Freitag bekannt. Er machte das Ausbleiben von Verstärkung durch die Zentralregierung in Kabul für die Niederlage der lokalen Sicherheitskräfte verantwortlich. (APA/Reuters)

Streit um Abschiebungen: Seite 8

Tunesien: „Es gibt kein Zurück“

Präsident ist gegen Dialog mit islamistischer Ennahda.

Tunis. Tunesiens Präsident Kais Saied setzt seinen harten Kurs fort: Es gebe „kein Zurück“ hinter seine Entscheidung, die Arbeit des Parlaments auf Eis zu legen und die Regierung zu entlassen, gab er nun bekannt. Und er stellte klar: „Es gibt keinen Dialog, außer mit den Aufrechten.“ Mit „Krebszellen“ sei ein Dialog nicht möglich.

Damit spielt Saied offenbar auf die größte Parlamentspartei, die islamistische Ennahda, an. Sie hatte sich am deutlichsten gegen Saieds Vorgehen ausgesprochen und zum Dialog aufgerufen. Das Ennahda-Führungsmitglied Anouar Maarouf wurde am Freitag vom Innenministerium unter Hausarrest gestellt. (APA/Reuters)

Iran nimmt Israel an drei Fronten in die Zange

Analyse. Es ist kein Zufall, dass die libanesische Hisbollah ausgerechnet jetzt Raketen auf Israel abfeuert. Ihre Verbündeten in Teheran wollen damit dem Erzfeind inmitten der wachsenden Spannungen eine Botschaft schicken.

VON CHRISTIAN ULTSCH

Tel Aviv/Beirut. Im Norden Israels und auf den besetzten Golanhöhen schrillten am Freitag die Sirenen. Die schiitische Hisbollah-Miliz feuerte aus dem Südlibanon mehr als ein Dutzend Raketen ab. Zu Schaden kam ersten Meldungen zufolge niemand. Die Angriffe schienen genau kalibriert zu sein.

Eigenen Angaben zufolge zielte die vom Iran unterstützte Hisbollah auf ein offenes Feld nahe der israelischen Streitkräfte auf den Shebaa-Farmen, einem umstrittenen Gebiet im Dreiländereck zwischen Israel, dem Libanon und Syrien. Opfer sollten offenbar vermieden werden.

Und so las den Angriff auch Israels Armee. Augenscheinlich wolle die Hisbollah die Lage nicht eskalieren, erklärte ein Sprecher der israelischen Streitkräfte. Israel habe kein Interesse an einem Krieg, sei jedoch bereit dafür. Premier Naftali Bennett trommelte seine Generäle zusammen. In

einem Gegenschlag nahmen die Israelis Abschussrampen der Hisbollah unter Beschuss.

Seit Mittwoch fliegen Raketen hin und her. Die erste Salve gaben Kämpfer aus dem Südlibanon ab. Dazu bekannte sich die Hisbollah, anders als am Freitag, nicht.

Der Schattenkrieg eskaliert

Die jetzigen Scharmützel flammen inmitten wachsender Spannungen zwischen dem Iran und Israel auf, die einander einen Schattenkrieg liefern. Jüngster Höhepunkt war ein Drohnenangriff auf das britische Öltankschiff „Mercer Street“, das einem Israeli gehört. Bei der Attacke kamen der rumänische Kapitän und ein britisches Besatzungsmitglied um. Israel, die USA und Großbritannien machten den Iran dafür verantwortlich – und kündigten eine „angemessene Antwort“ an. Die Regierung in Teheran stritt jegliche Verwicklung ab. Ministerpräsident Bennett drohte, dass Israel auch im Alleingang Vergeltung üben könnte.

Im Hintergrund tobt der Konflikt um Irans Atomprogramm. Israels Außenminister Yair Lapid und Verteidigungsminister Benny Gantz behaupteten zuletzt, der Iran sei nur noch zehn Wochen von einer Bombe entfernt. Die Atomenergiebehörde IAEA ist momentan blind im Iran. Ihre Kameras in den iranischen Nuklearanlagen sind abgeschaltet.

Und die Wiener Verhandlungen über einen Wiedereintritt der USA in das Atomabkommen mit dem Iran liegen auf Eis. Der neue iranische Hardliner-Präsident Ebrahim Raisi bekräftigte, dass die Amerikaner alle Sanktionen aufheben müssten, bevor sich sein Land wieder an den Atomdeal halte. Derzeit reichern die Iraner Uran, den Ausgangsstoff für die Bombe, viel höher als vereinbart an.

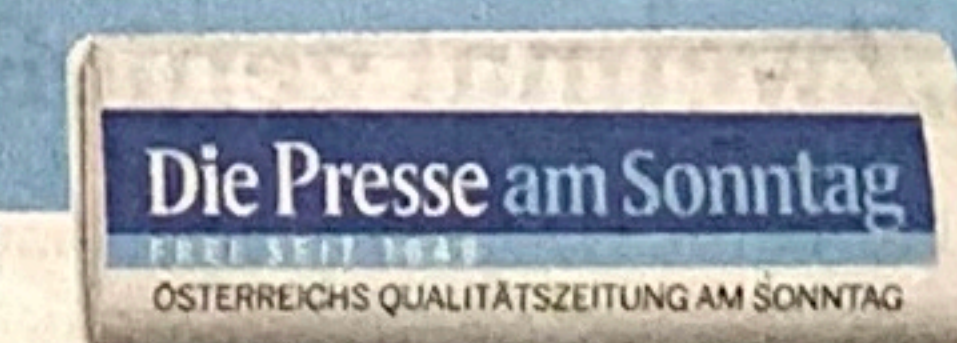
Der Iran sendet mit den Raketenangriffen seiner verbündeten libanesischen Hisbollah-Miliz womöglich eine Botschaft aus: Den Israelis droht ein Mehr-Fronten-Krieg, falls ihr Dauerkonflikt mit

der Islamischen Republik heiß wird. Die Iraner könnten in Gaza die palästinensische Hamas in Stellung bringen. Und sie und die Hisbollah wären auch in der Lage, Israel an einer dritten Front anzugreifen: aus Syrien.

Morgen in der
„Presse am Sonntag“

Ein Jahr nach der gestohlenen Präsidentschaftswahl in Belarus. Sitzt Lukaschenko wieder fest im Sattel?

ZUM ABO: DiePresse.com/abo



Wir trauern
um

Emer.Univ.Prof. Dr. Marianne Lunzer
(22.7.1919 – 27.7.2021)

Marianne Lunzer promovierte 1942 an der Universität Wien zum Dr.phil. und begann ihre wissenschaftliche Karriere anschließend am 1942 eröffneten Institut für Zeitungswissenschaft, wo sie sich 1954 habilitierte. Ende 1981 übernahm sie, nach dem Tod von Prof. Dr. Kurt Paupié, die Leitung des Instituts für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, die sie bis zu ihrer Emeritierung Ende 1985 innehatte.

Unsere Gedanken sind bei ihren Angehörigen.

Der Vorstand, die Studienprogrammleitung, die Studienrichtungsververtretung sowie die Studierenden und die Mitarbeiter*innen des Instituts für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien

universität
wien